Mazedonien

Oliver Schwarz

Mazedonien hat die Wirtschaftskrise vergleichsweise gut überstanden. Ungeachtet dessen stehen dem Land vorgezogene Neuwahlen bevor, da sich im April 2011 das Parlament selbst aufgelöst hat. Die innenpolitische Krise vollzieht sich im Zeichen allgemeiner politischer Stagnation, da Mazedoniens Mitgliedschaft in der NATO sowie der Beitritt zur EU aufgrund des Namensstreits mit Griechenland unverändert infrage gestellt sind.

Wirtschaft

Die Wirtschaftskrise ist auch in den Staaten des Westbalkans nicht ohne Folgen geblieben. Neben Albanien und Kosovo hat Mazedonien die Krise jedoch ohne gravierende Auswirkungen überstanden. Den Staaten gerät dabei zum gemeinsamen Vorteil, dass sie immer noch relativ wenig in die Weltwirtschaft integriert sind und externe Investoren nach wie vor rar sind. Mazedonien selbst profitiert zudem von einer Reihe wirtschaftspolitischer Reformen. Allein zwischen November 2008 und März 2010 legte die Regierung vier so genannte „Antikrisenpakete" vor. Für das Jahr 2011 gehen die Prognosen der Europäischen Kommission von einem Wirtschaftswachstum von immerhin 2,2% aus. Auch dem privaten Konsum wird mit 2% eine deutliche Erholung prognostiziert. Ein dringliches Problem stellt weiterhin die hohe Arbeitslosigkeit von über 32% dar. Zwar legte die Beschäftigungsrate im Vergleich zum Vorjahr um 1,3% zu, die Hälfte der neu gewonnenen Arbeitsplätze liegt jedoch im Agrarbereich. Rund ein Drittel geht auf den öffentlichen Sektor zurück. Eine positive Trendwende scheint sich bei der Jugendarbeitslosigkeit abzuzeichnen. Bei der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren sank die Arbeitslosenrate von 56,6% im vierten Quartal des Jahres 2009 auf 50,5% im letzten Quartal des Jahres 2010. Im selben Zeitraum reduzierte sich der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit von 20,5% auf 17,7%.[1]

Inneres

Während sich die mazedonische Wirtschaft auf Konsolidierungskurs befindet, durchlebt das Land eine innenpolitische Krise. Nachdem die Opposition bereits seit Januar 2011 nicht mehr an den Sitzungen des 120 Plätze umfassenden Parlaments teilgenommen hatte, kam es am 14. April zur Auflösung der Sobranie. Für den Antrag der konservativen Regierungspartei VMRO-DPMNE sprachen sich alle anwesenden 79 Abgeordnete aus. Als Termin für die Neuwahlen setzte Parlamentspräsident Trajko Veljanoski den 5. Juni fest. Die Parlamentswahlen im Jahr 2008 waren teilweise von massiver Gewalt begleitet. Premierminister Nikola Gruevski appellierte daher unmittelbar nach der Entscheidung des Parlaments an alle Parteien, einen fairen und demokratischen Wahldurchgang sicherzustellen. Gleichzeitig forderte er die Medien dazu auf, ihrerseits zum Gelingen des Wahlprozesses beizutragen. Letzterer Punkt ist in der politischen Diskussion durchaus sensibel. So rechtfertigt die von der Sozialdemokratischen Union von Mazedonien (SDSM) dominierte Opposition ihren Parlamentsboykott mit dem Vorwurf, die Regierung behindere die freie

1 Vgl. European Commission: EU Candidate and Pre-accession Countries' Economic Quarterly, Brüssel, 08.04.2011, S. 9ff.

Medienberichterstattung. Im Detail werfen die Oppositionsparteien der Regierung vor, den regierungskritischen TV-Sender A1 unter Druck zu setzen. Der Privatsender A1 befindet sich im Besitz des Geschäftsmannes Velija Ramkovski. Dieser war bereits im Dezember 2010 aufgrund des Vorwurfs der Steuerhinterziehung festgenommen worden. Im April 2011 wurde der Sender von staatlicher Seite dazu aufgefordert, fällige Steuern in Höhe von sechs Millionen Euro zu bezahlen. Bei Nichtzahlung droht ein Konkursverfahren. Ramkovski gehören auch die drei Tageszeitungen „Vreme", „Spic" und „Koha e Re". Diese wurden ebenfalls aufgefordert, fällige Steuern in Millionenhöhe zu begleichen.[2]

Ungeachtet dessen sagen Meinungsumfragen der bisherigen Regierungspartei einen erneuten Wahlsieg voraus. Eine Umfrage im Auftrag der Tageszeitung „Dnevnik" prognostizierte der VMRO-DPMNE eine deutliche Mehrheit von insgesamt 51 Sitzen, nur etwas weniger als die 2008 erzielten 63 Parlamentssitze. Gruevskis derzeitigem Koalitionspartner, der albanischen Demokratischen Union für Integration (DUI), werden 14 Sitze vorhergesagt. Bei der vorhergehenden Wahl erhielt diese noch 18 Mandate. Die SDSM kann hingegen mit einem leichten Zuwachs von 27 auf 32 Sitze rechnen.[3] Eine Neuauflage des bisherigen Regierungsbündnisses ist demnach trotz einer leichten Verschiebung zugunsten der sozialdemokratischen Opposition wahrscheinlich. Die SDSM nominierte Radmila Šekerinska als Spitzenkandidatin. Šekerinska hatte von 2002 bis 2004 unter Branko Crvenkovski das Amt der Vizepremierministerin inne und war für das Portfolio Europaangelegenheiten zuständig.

Europäische Integration

Unverändert behindert der lang anhaltende Namensstreit mit Griechenland den Beitritt Mazedoniens zur EU.[4] Mazedonien wurde im Dezember 2005 der Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Im Oktober 2009 hatte sich die Europäische Kommission für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit dem Balkanland ausgesprochen. Seither liegt die Entscheidung im Ministerrat über eine Eröffnung von Beitrittsverhandlungen de facto auf Eis. In einem Brief an UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warf der mazedonische Außenminister Antonio Milošoski im Februar 2011 der griechischen Seite vor, sich einer Kompromissfindung zu verschließen. Mazedonien hingegen sei bereit, den Namensvorschlag „Republik Mazedonien (Skopje)" zu akzeptieren. Diese Zustimmung koppelte er dabei jedoch erneut an ein positives Referendum. Griechenland seinerseits wirft Mazedonien irredentistische Ambitionen vor und verweist diesbezüglich unter anderem auf die von der Regierung seit 2008 verfolgte Politik der „Antikisierung". Beispielsweise wird die mazedonische Hauptstadt derzeit im Rahmen des Großprojekts „Skopje 2014" im dezidiert traditionellen Stil umgestaltet. Ein staatliches Vorhaben, das das Verfassungsgericht des Landes aufgrund unzureichender Planungsverfahren im Juli 2010 deutlich in Frage stellte. Die Regierung hielt dennoch an dem Vorhaben fest und nahm dabei auch die Kritik der albanischen Minderheit des Landes in Kauf. Diese sieht sich bei den Bemühungen der VMRO-DPMNE, der mazedonischen Identität des Landes sichtbar Ausdruck zu verleihen, nicht mit eingebunden. Der Namensstreit wurde schließlich im März 2011 auch vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) verhandelt. Mazedonien hatte diesen im November 2008 angerufen. Mit der mit Spannung erwarteten Entscheidung des Den Haager Gerichts wird nicht vor Ende September 2011 gerechnet.

2 Vgl. Balkan Insight: Macedonian A1 TV 'Facing Closure in Months', 21.04.2011.
3 Vgl. Balkan Insight: Macedonian Ruling Party Leads Opinion Poll, 18.04.2011.
4 Vgl. Evangelos Kofos: The Macedonian Name Controversy. Texts and Commentary, in: Südosteuropa 3/2010, S. 414-435; Biljana Vankovska: David vs. Goliath: The Macedonian Position(s) in the Socalled "Name Dispute" with Greece, in: Südosteuropa 3/2010, S. 436-467.